

# Surfpark in Stade: Pro und kontra

Auf dem Podium in der IGS Stade diskutieren zwei Bürgermeisterkandidaten, der Erste Stadtrat und mehrere Kritiker

VON ANPING RICHTER

**Stade.** Braucht Stade einen Surfpark? Zu dieser Frage haben Schüler der IGS Stade Politik, Verwaltung, Kritiker und Befürworter aufs Podium geholt - und heiß diskutiert.

Zur Einführung zeigen die Schüler einen kurzen, selbst gedrehten Film. Auf der Bühne bilden Jacob Peters, Per Felzel und Helene Schmorl das Schüler-Moderationsteam für die Podiumsdiskussion, in die die AG Zukunftswerkstatt der IGS viel Vorbereitungszeit investiert hat. Die erste Frage darf Stades Erster Stadtrat Lars Kolk für die Stadtverwaltung beantworten. Sie lautet:

## Wie ist der aktuelle Sachstand in Sachen Surfpark?

Wie Kolk erklärt, besteht noch immer ein Baustopp. 2022 hatte die Mehrheit im Stadtrat den Bebauungsplan beschlossen. In der Bürgerinitiative „Surfpark – Nein danke“ (BI) taten sich Landwirte, Nachbarn und Naturschützer dagegen zusammen. Der BUND richtete einen Klagefonds ein und zog vors Stader Verwaltungsgericht, das einen Baustopp verhängte.

Stadt und Investor legten Beschwerde beim Oberverwaltungsgericht (OVG) ein. Doch das bestätigte das Bauverbot - und zwar, weil die Fläche laut Regionalem Raumordnungsprogramm des Landkreises für Industrie reserviert ist. Eine Freizeitanlage wie der Surfpark stehe damit in Konflikt.

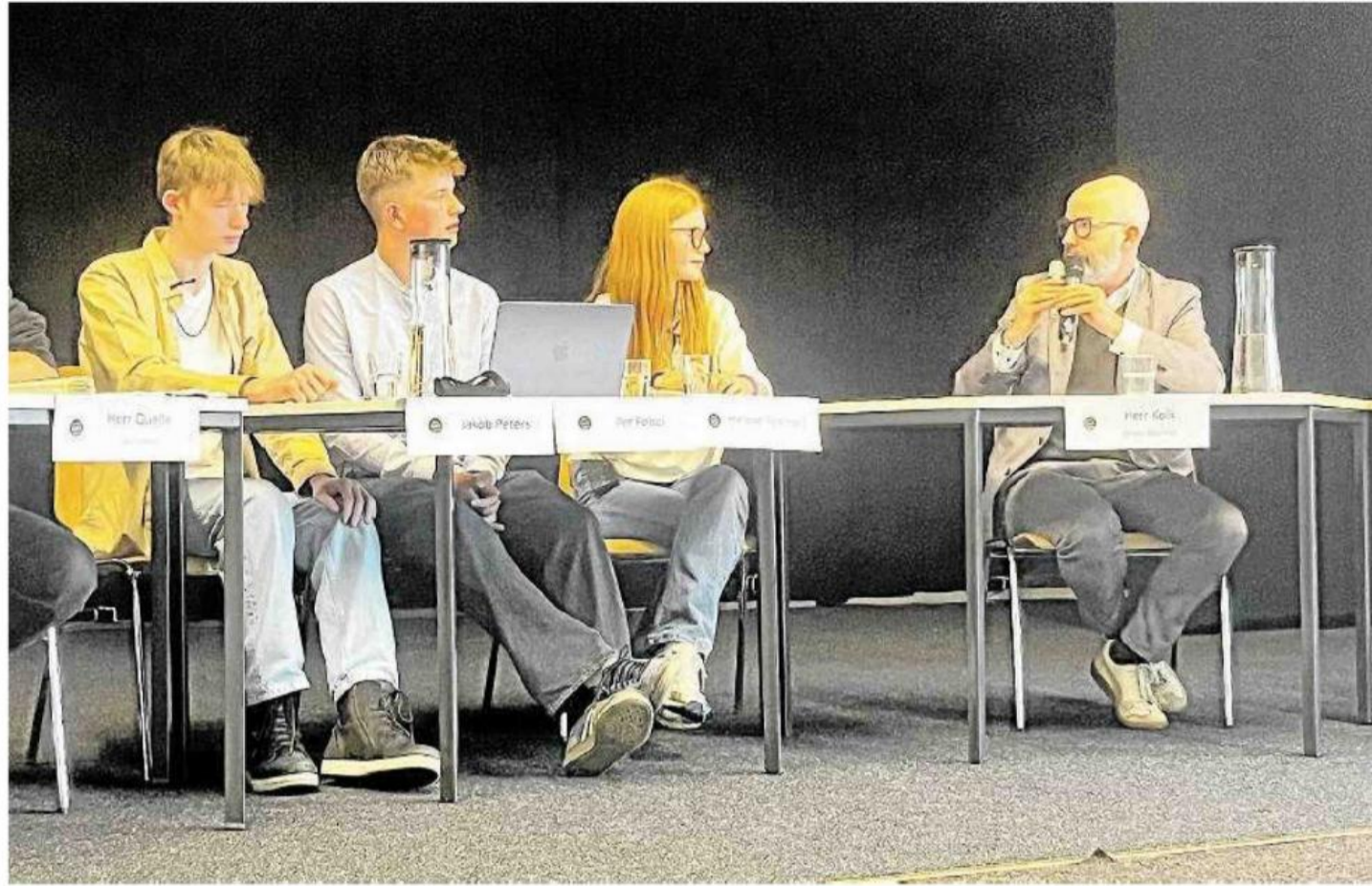
„Wir haben den Fehler geheilt und den Bebauungsplan wieder in Kraft gesetzt“, erklärt Kolk. Der Kreis zog mit. Die Stadtverwaltung beantragte daraufhin beim Verwaltungsgericht, den Baustopp aufzuheben. Die Entscheidung steht noch aus.

Derweil hat die Stadt die Erschließung ausgeschrieben. Die Arbeiten zum Anschluss an die 3,5 Kilometer entfernte Kanalisation sollen bald beginnen. Ob der Surfpark kommt oder nicht - das Gewerbegebiet sei beschlossen, sagt Lars Kolk. Wenn die Erschließung abgeschlossen sei, beginne die Vermarktung.

Einer Einladung der Schüler waren die Projektentwickler, die Brüder Jan und Dirk Podbielski, nicht gefolgt. Auf TAGEBLATT-Nachfrage erklären sie, dass sie weiterhin planen, das Projekt umzusetzen, zu Details aber keine Auskunft geben wollen, solange der Rechtsstreit andauert.

Die BI „Surfpark- Nein Danke“ ist mit drei Vertretern gekommen, die sich die Redezeit teilen müssen: Landwirt Jost Robohm, BI-Gründer Professor Bernd Hohendorff und der ehemalige Verwaltungsrichter Udo Paschedag. Michael Quelle ist für Die Linke da, die als einzige Fraktion im Stadtrat von Anfang an geschlossen gegen den Surfpark gestimmt hat. Kai Koeser, Bürgermeisterkandidat der SPD, und Arne Kramer, Bürgermeisterkandidat der CDU, sind wie ihre Fraktionen Befürworter des Projekts.

Die nächste Frage bezieht sich auf ein Problem, das schon im Erklärfilm auftaucht: Wäre



Auf dem Podium: das Moderationsteam Jacob Peters, Per Felzel und Helene Schmorl und Erster Stadtrat Lars Kolk (von links). Foto: Richter

das Surfen für junge Leute erschwinglich? Das will Per Felzel zunächst vom CDU-Bürgermeisterkandidaten Arne Kramer wissen und fragt, wer aus seiner Sicht die Zielgruppe sei.

Alle Generationen, antwortet Kramer: „Junge Leute werden surfen, Ältere werden zusehen wollen - meine Oma würde das auch gerne tun.“ Im Surfpark in München kostete der Eintritt aber 95 Euro pro Stunde, sagt Felzel und fragt nach:

## Ist das nur etwas für die Oberschicht?

Der Surfpark in Bristol sei in finanzielle Schwierigkeiten geraten, weil zu wenige sich das leisten konnten, sagt Hohendorff und prophezeit: „Das wird hier auch so.“ Quelle sagt: „Wer diesen naturverbundenen Sport machen will, kann nach Cuxhaven fahren. Oder nächstes Jahr in den Hamburger Hafen. Da soll eine ‚stehende Welle‘ entstehen - ohne Trinkwasserverbrauch, schöner und billiger als in Stade.“

Kolk gibt zu bedenken: Wer Geld in ein Projekt stecke, mache sich Gedanken über Erfolg oder Misserfolg. „Wo kämen wir hin, wenn wir Investoren diese Fähigkeit absprechen?“ Kramer pflichtet ihm bei: „Start-up-Men-

talität kann sonst nicht ins Rollen kommen.“ Außerdem seien Kooperationen mit Schulen und Vereinen angedacht, um möglichst vielen den Surfsport nahezubringen.

Paschedag wirft Kolk vor: „Sie haben versäumt, eine Rückbaubürgerschaft zu verlangen. Wenn das Projekt scheitert, muss die Stadt die Beseitigung bezahlen.“ Der Investor habe deshalb auf ein Betonbecken verzichtet, entgegnet Kolk. Nun soll eine Bürgerschaft verzeichnet werden.

Quelles Vorwurf: Die Stadt nehme hohe Kosten auf sich, die letztlich die Bürger tragen müssten. 236.000 Euro würden allein an Gerichtskosten fällig. Dazu führt er an, dass die Bürger für die Erschließung 1,6 Millionen Euro zahlen müssen: 600.000 Euro für den Regenwasserkanal und eine Million für den Abwasserkanal.

Kolk sieht das anders: Es gelte, zwischen Gewerbegebiet und Surfpark zu unterscheiden. Die Erschließung von Gewerbegebieten werde in Stade grundsätzlich über die Beitragszahler finanziert: „Das ist Wirtschaftsförderung.“ Infrastruktur, die nur für den Surfpark nötig wer-

de, zahle der Projektträger. Die von Quelle genannten Zahlen wollte Kolk nicht kommentieren. Er verweist auf den Wirtschaftsförderer, der dazu zeitnah Auskunft geben will.

Die nächste Frage geht an Jost Robohm von der BI:

## Wie sehen Sie als Landwirt dieses Projekt?

Der Standort sei das Problem, sagt Jost Robohm aus Hagen, einer von acht Vollerwerbslandwirten, die sich gegen das Projekt zusammengetan haben: „Mitten in der Feldmark. Das zersiedelt die Landschaft.“ Die Raisa habe die 16-Hektar-Fläche - die Stadt verpachtet sie - ohne Einverständnis der Landwirte verkauft. In Niedersachsen gingen 5 bis 8 Hektar täglich durch Versiegelung verloren: „Das können wir so nicht fortführen.“

## Welche Verkehrsmittel würden die Besucher nutzen, um zum Surfpark zu gelangen?

Bernd Hohendorff führt an, dass der Investor mit 200.000 Besuchern pro Jahr rechne. Er selbst rechnet damit, dass viele mit dem Auto kommen - und fürchtet, dass sie besonders den Hagen Weg verstopfen und vermüllen. „Der Hagen Weg ist der blödeste Weg dahin“, sagt

Arne Kramer. Als Leiter des Straßenverkehrsamts kenne er sich aus: „Es gibt die Autobahn, eine Abfahrt und die Straße, die direkt zum Kreisverkehr führt.“ Zudem wisse er vom Investor, dass ein Shuttleservice zur S-Bahn eingerichtet werden könne.

## Und welche Visionen gibt es für die Zukunft der Fläche?

Sollte der Surfpark kommen, sieht Hohendorff die Zukunft düster: Der Erdüberlastungstag, der Tag, an dem Deutschland rechnerisch alle natürlichen Ressourcen verbraucht hat, die die Erde im Jahr 2026 erneuern kann, werde schon am 2. Mai erreicht. Der Surfpark bedeute einen Verbrauch von 16 Hektar Land, 65 Millionen Litern Trinkwasser und 3 Millionen Kilowattstunden Energie - so viel wie ganz Athenburg: „Alles für ein Spaßprojekt.“

Kai Koeser entgegnet, der Surfpark sei genehmigungsfähig, weil Umweltauswirkungen kompensiert werden können: „Auf dieser Grundlage haben wir unsere Entscheidung getroffen.“ Neben der touristischen Attraktivität, dem Imagegewinn und dem Freizeitangebot hebt er den Vorteil einer kleinteiligen Ansiedlung von Gewerbe hervor, die dringend gebraucht werde.

Arne Kramer pflichtet ihm bei und ergänzt: „Vielleicht könnten wir sogar Olympia-Standort werden.“ Ein deutscher Surfer bei den Olympischen Spielen habe Surfparks als Chance für die Entwicklung dieses Sports bezeichnet. Kramer hofft, dass in der Nachbarschaft auch Start-ups entstehen könnten - Surfbrettentwickler zum Beispiel.

## Wie ist das Stimmungsbild bei den Schülern?

Pro oder kontra Surfpark? Darüber durften die Schüler in der voll besetzten Aula nach der Diskussion per Handzeichen abstimmen. Das Stimmungsbild: fifty-fifty.



So soll der Surfpark in Stade aussehen. Visualisierung: Surfgarten